

GRENZKONTROLLEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND POLEN

EINE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ZWISCHENBILANZ

VON DR. MARTA KOZŁOWSKA

2025-2
MIDEM-Policy Brief



ZUSAMMENFASSUNG

Der deutsch-polnische Grenzkonflikt hat sich seit Mai 2025 deutlich verschärft: Die von Deutschland ausgeweiteten Grenzkontrollen und Zurückweisungen führten zu politischen Spannungen, polnischen Gegenmaßnahmen und einer massiven Mobilisierung rechter Kräfte. Trotz vergleichsweise niedriger Migrationszahlen wird das Thema innenpolitisch instrumentalisiert, durch gezielte Desinformation verstärkt und mit antideutschen Ressentiments aufgeladen. Die wirtschaftlichen, sozialen und diplomatischen Kosten übersteigen den sicherheitspolitischen Nutzen deutlich und bieten autoritären Kräften in Polen eine strategische Angriffsfläche.

HINTERGRUND

Als Deutschland im Oktober 2023 die regelmäßigen, stichprobenartigen Grenzkontrollen wieder einführte, reagierte Polen zunächst zurückhaltend. Zu diesem Zeitpunkt war die öffentliche Aufmerksamkeit in Polen ganz auf die bevorstehenden Parlamentswahlen Mitte Oktober gerichtet, bei denen über eine dritte Amtszeit der PiS-Regierung oder deren Abwahl entschieden wurde. Kritik an der deutschen Maßnahme blieb vereinzelt und beschränkte sich vor allem auf den Vorwurf, dass Berlin die Kontrollen ohne vorherige Absprache mit Warschau eingeführt habe.

In den Monaten nach der Einführung der deutschen Grenzkontrollen spielte das Thema zunächst kaum eine Rolle im politischen Diskurs. Im Mittelpunkt stand vor allem die Grenze zu Belarus¹, besonders im Hinblick auf die Entscheidungen der neuen Tusk-Regierung, die am 13. Dezember 2023 ihr Amt antrat. Dazu zählten etwa die Entscheidung, den bereits bestehenden Grenzzaun zu Belarus nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen sowie die Aufhebung des Ausnahmezustands in den Grenzgebieten. Auch die temporäre Aussetzung des Asylrechts (d.h. der Aufnahme von Asylanträgen) an der Grenze zu Belarus, die im Dezember 2024 eingeführt wurde (Chrczconowicz 2024), sorgte für Diskussionen. Am 25. Juli 2025 wurde sie um weitere 60 Tage verlängert (Nodzyńska 2025a).

Auch die politischen Entwicklungen in Deutschland (Zerfall der Ampelkoalition, die vorgezogenen Neuwahlen, die Regierungsbildung sowie die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem) fanden in Polen deutlich mehr Beachtung als die Grenzkontrollen. Zwar wurden die Kontrollen kritisiert, jedoch vor allem als Ärgernis für Reisende und Anwohner der Grenzregionen und nicht als außenpolitisch relevantes Problem. Die anschließenden Verlängerungen der deutschen Kontrollen wurden in ähnlicher Weise behandelt: öffentlich von Warschau kritisiert, in der Praxis stillschweigend hingenommen.

¹ Siehe dazu den MIDEM Länderbericht Polen (Kozłowska 2024: 39-42).

ESKALATION DER SITUATION

Ab dem Frühjahr 2025 nahmen die Spannungen zwischen Deutschland und Polen spürbar zu und erreichten zwischen Juni und Juli einen vorläufigen Höhepunkt. Auslöser war die weitere Verschärfung der deutschen Grenzkontrollen, die am 7. Mai durch den neuen Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) öffentlich angekündigt und verteidigt wurden (Schwartz 2025). Zeitgleich setzte Deutschland das Asylrecht an den Grenzen faktisch vorübergehend aus, mit Ausnahme für besonders schutzbedürftige Gruppen. Diese Maßnahme stieß sowohl bei deutschen Oppositionsparteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch bei mehreren Nachbarstaaten auf scharfe Kritik. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk drohte mit Vergeltungsmaßnahmen. Er forderte, dass Polen mit gleichwertigen Maßnahmen auf die deutschen Kontrollen reagieren müsse und argumentierte, dass die verstärkte Zurückweisungspraxis deutscher Behörden Polen zwingt, seinerseits zu prüfen, wer wo und unter welchen Umständen aus Deutschland nach Polen zurückgewiesen werde (Easton 2025).

Polen signalisierte wiederholt, dass es auf eigene Grenzkontrollen verzichten werde, vorausgesetzt, Deutschland beende seine Grenzmaßnahmen (Tagesschau 2025a). Das Gegenteil trat ein: Innenminister Alexander Dobrindt begrüßte die Einführung der polnischen Kontrollen ausdrücklich und bezeichnete sie öffentlich als „positive Entwicklung“ (Tagesschau 2025b; Tagesschau 2025c). Infolge der gescheiterten Kompromissversuche und vor dem Hintergrund der zunehmenden rechtsextremen Mobilisierung an der deutsch-polnischen Grenze, führte Polen ab dem 7. Juli eigene Kontrollen ein – an allen 52 Grenzübergängen zu Deutschland und an allen 13 Übergängen zu Litauen. Die Maßnahme wurde zunächst für 30 Tage befristet. Das polnische Innenministerium kündigte jedoch an, die Kontrollen so lange zu verlängern, wie Deutschland seinerseits an seinen Kontrollen festhält (Tomczak 2025). Innenminister Dobrindt besuchte am 21. Juli die Zauninfrastruktur an der belarussischen Grenze, was von polnischer Seite als möglicher Beginn eines Kompromisses gewertet wurde. Die erhoffte Aufhebung der deutschen Kontrollen blieb jedoch aus (Adam 2025). Am 5. August verlängerte Polen seine eigenen Maßnahmen zunächst bis zum 4. Oktober (MSWiA 2025a). Nach inoffiziellen Informationen, die dem Nachrichtenportal *Interia* aus dem deutschen Innenministerium vorliegen, sollen die Grenzkontrollen bis zum 15. November verlängert werden – die Planungen reichen jedoch darüber hinaus und sehen eine Fortführung mindestens bis Mitte 2026 vor (Lejman 2025).

Aktuell sorgt das Thema auf beiden Seiten der Grenze für politische Unruhe, da sowohl die deutsche als auch die polnische Regierung unter erheblichem politischem Druck stehen. Besonders in Polen hat sich die Debatte zu einem innenpolitisch brisanten Thema entwickelt: die rechtsextreme Opposition (PiS, Konfederacja, und die Kleinparteien Suwerenna Polska und Konfederacja Korony Polskiej) nutzt sie gezielt, um Druck auf die Tusk-Regierung auszuüben. Die Einführung polnischer Grenzkontrollen wird in diesem Zusammenhang von Teilen der Öffentlichkeit nicht als Zeichen politischer Stärke gegenüber Deutschland oder der sogenannten illegalen Zuwanderung, sondern eher als Einknicken vor rechtem Druck interpretiert (Marcinkiewicz 2025).

Gezielte Desinformationskampagnen zur Situation an den deutsch-polnischen Grenzen in den sozialen Medien führten ab Mitte Juni zu einer Protestwelle rechter und rechts-extremer Akteure. Ab dem 25. Juni schlossen sich etwa 2.000 Menschen, überwiegend Männer, ‚Bürgerpatrouillen‘ an (siehe Infobox – Bürgerpatrouillen und Grenzschutz-bewegung). Die meisten stammten nicht aus der Grenzregion, sondern aus Zentral- und Ostpolen. Da ihre Zahl die der irregulären Zugewanderten deutlich überstieg, gab es – wie viele Medien sarkastisch kommentierten – statt einer „Überflutung der Westgrenze mit Migranten“ eine Art „Überflutung der Westgrenze mit rechten Aktivisten“.

Am 18. August wurde gegen Robert Bąkiewicz, den Organisator der *Grenzschutzbewegung*, eine Strafanzeige wegen Beleidigung von zwei Grenzschutzbeamten sowie zwei Militärpolizisten erstattet. Die Tat wurde als „Rowdytum“ eingestuft, ein Straftatbestand im polnischen Recht, der mit einer Freiheitsstrafe von bis zu eineinhalb Jahren geahndet werden kann. Als vorbeugende Maßnahme erhielt er zudem ein Aufenthaltsverbot entlang der Grenzübergänge der gesamten deutsch-polnischen Grenze im Umkreis von einem Kilometer (Jaoszewski 2025).

Die Lage an der Grenze bleibt angespannt. Die Polizei beobachtet zwar die Patrouillen, greift aber zumeist nicht ein – laut Behörden aus Gründen der Deeskalation. Kritiker (darunter Jarosław Kaczyński, Vertreter der ‚Bürgerpatrouillen‘, aber auch linke Medien) sprechen dagegen von einer „Abdankung“ des Staates. Auch die lokale Bevölkerung und Vertreter von betroffenen Städten und Landkreisen beklagen sich über die Kontrollen, Staus und das Auftreten der Patrouillen (Stefanek 2025).

INFOBOX – BÜRGERPATROUILLEN UND GRENZSCHUTZBEWEGUNG

Seit Juni 2025 sind entlang der deutsch-polnischen Grenze zunehmend organisierte rechte Gruppierungen aktiv, die sich selbst als ‚zivile Grenzschützer‘ inszenieren. Die meisten schließen sich einer von zwei konkurrierenden Organisationen an: der *Grenzschutzbewegung* (Ruch Obrony Granicy) unter der Leitung von Robert Bąkiewicz oder den Bürgerpatrouillen (Patrole Obywatelskie) des Aktivisten Rafał Podejma. Bąkiewicz ist seit Jahren durch seinen rechten Aktivismus bekannt, u.a. durch die Organisation der jährlich am 11. November stattfindenden Nationalmärsche in Warschau sowie durch die vermeintliche Verteidigung von Kirchen vor den Massenprotesten nach der Verschärfung des Abtreibungsrechts im Jahr 2020. Podejma erlangte im Herbst 2024 Bekanntheit, als er zu selbstorganisierten rechten „Straßenkontrollen“ sowie zur „Beobachtung“ von Flüchtlingsunterkünften aufrief (Mierzyńska 2024). Zu beiden Organisationen gesellten sich auch andere bekannte rechte Aktivisten, u.a. die Initiatoren der letztjährigen Aktion *Wir verteidigen die Grenze* (2024 ging es um die Ostgrenze) oder die Anführer der umstrittenen parareligiösen Organisation *Soldaten Christi*. Die zwei Organisationen unterscheiden sich durch ihre Ziele sowie parteilichen Kontakten. Die Bürgerpatrouillen sind Konfederacja-nah und sehen sich selbst als Unterstützer staatlicher Behörden. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Grenze zu beobachten und relevante Vorfälle zu melden. Dagegen gilt die Grenzschutzbewegung als PiS-nah und verfolgt deutlich weitergehende politische Ziele (Pacula 2025a). Die Organisation will Polen nach eigenen Angaben vor Massenmigration und den damit verbundenen Gefahren schützen – nicht nur physisch an der Grenze, sondern auch im Hinblick auf nationale Identität, Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zugewanderte werden in ihren Publikationen als Bedrohung für nationale Identität, Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt dargestellt. Sie fordern außerdem die Schließung der Grenzen zu Deutschland, die Kündigung des GEAS, den Stopp von staatlichen Integrationsmaßnahmen und lehnen die Politik des Multikulturalismus ab (Pacula 2025a).

DESINFORMATIONSKAMPAGNE ZUR LAGE AN DER DEUTSCH-POLNISCHEN GRENZE

Mit dem unerwarteten Wahlsieg des PiS-nahen Kandidaten Karol Nawrocki bei den Präsidentschaftswahlen am 1. Juni 2025 erhielten rechte und rechtsradikale Parteien und Organisationen neuen Aufwind. In der Folge begannen sie, den Druck auf die Tusk-Regierung zu erhöhen – unter anderem durch die gezielte Verbreitung von Desinformation zur Situation an der deutsch-polnischen Grenze.

Der Ausgangspunkt dieser Kampagne war ein Vorfall am 12. Juni in Swinemünde (pl.: Świnoujście): Drei Männer somalischer Herkunft, die offenbar von den deutschen Behörden nach Polen zurückgewiesen worden waren, wurden von der polnischen Polizei kontrolliert, als sie ziellos durch die Stadt gingen. Rechte Medien und Politiker griffen daraufhin den Vorfall auf, um das Narrativ vom „gefährlichen afrikanischen Migranten“ zu verbreiten, den Deutschland Polen „unterschiebe“. Tagelang blieb eine offizielle Stellungnahme aus. Erst am 26. Juni veröffentlichte das polnische Innenministerium erste offizielle Mitteilungen zu der Situation an der deutsch-polnischen Grenze, angelehnt an frühere Kommunikation zur Situation an der polnisch-belarussischen Grenze (Kowalewska 2025).

Andrzej Kozłowski, Leiter des Zentrums für Desinformationsanalysen am staatlichen Forschungsinstitut für Netz- und Cybersicherheit NASK, erklärte in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza* (Roman 2025), dass die anti-migrantische und anti-deutsche Propaganda nicht aus dem Nichts entstanden sei. Vielmehr seien reale Ereignisse aufgebauscht und dramatisiert worden, um

sie größer und bedrohlicher erscheinen zu lassen. So würden alltägliche Situationen, etwa wenn Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund durch eine polnische Stadt laufen, als gefährliche Zwischenfälle inszeniert. Auch routinemäßige Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Grenzbehörden seien in diesem Kontext Beweise dafür, dass Polen die Kontrolle über seine Grenzen verloren habe und lediglich „Befehle“ aus Deutschland ausführe. Kozłowski merkte an, dass die anti-migrantische Kampagne unabhängig vom anti-ukrainischen Narrativ funktioniere. Dies ist besonders bemerkenswert, da ukrainische Staatsangehörige die mit Abstand größte Gruppe darstellen, die an der Grenze zurückgewiesen wird (vgl. Tomczak 2025).

Laut Kozłowski bestehe das zentrale Element der Desinformationskampagne in der Entmenschlichung der Zugewanderten. Dies geschieht durch ihre Darstellung als „wertlos“, „minderintelligent“, und sogar als „Müll“. Ein besonders drastisches Beispiel: Ein polnischer Obdachloser, der von den deutschen Behörden unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen (Mitarbeiter trugen Handschuhe und Mundschutz) an die Grenze gebracht wurde, sei im Rahmen der rechten Desinformationskampagne als ein Migrant bezeichnet und zudem als „migrantische biologische Waffe“ diffamiert worden. Ein zweites Narrativ zielt auf die Delegitimierung der polnischen Behörden, die als machtlos, fremdgesteuert bzw. gehorsam gegenüber Deutschland dargestellt würden. Routinemäßige Übergaben von Personen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung – darunter viele, die legal in Polen leben, aber kein gültiges Schengen-Visum besitzen – würden gezielt skandalisiert. Obwohl solche Übergaben Teil der regulären grenzpolizeilichen Praxis seien, würden

sie als Beleg dafür präsentiert, dass Polen die Kontrolle über seine Grenzen verloren hat und die Sicherheit der Menschen nicht mehr gewährleisten kann.

Falschmeldungen etwa über blutige Auseinandersetzungen zwischen Zugewanderten oder über eine vermeintlich gefährliche Gruppe von schwarzen Männern (die sich als Mitglieder einer senegalischen Musikgruppe herausstellten, die ein Folkfestival besuchten), verbreiteten sich rasant in den sozialen Medien. Ein weiterer Fall betraf eine Gruppe von Menschen, die in einem Park in Stettin fotografiert wurden; auch sie wurden als „illegale Migranten“ bezeichnet, obwohl die Polizei bestätigte, dass es sich um polnische Staatsangehörige handelte. Die Verbreitung solcher Falschinformationen hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das die Behörden vor erhebliche Herausforderungen stellt. Der Regierung sowie der Polizei gelingt es nur noch begrenzt, die Öffentlichkeit durch faktenbasierte Kommunikation zu erreichen. In Teilen der Bevölkerung hat sich ein von Desinformation geprägtes Lagebild verfestigt, dem mit offizieller Aufklärung kaum beizukommen ist.

Diese Dynamik zeigt sich besonders deutlich in den Grenzregionen: Viele der sogenannten Patrouillierenden verbreiten, wie Reportagen belegen, zentrale Narrative der Desinformationskampagnen ohne deren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Immer wieder wird behauptet, Deutschland fange Migranten ein, um sie massenhaft nach Polen zurückzuschicken, während die polnische Polizei tatenlos zusehe (z.B. Pacuła 2025a).

NIEDRIGE ZURÜCKWEISUNGSZAHLEN...

Zwischen dem 8. Mai und dem 9. Juli 2025 wiesen deutsche Behörden insgesamt 6.948 Personen an den Grenzen zu den Nachbarländern (darunter 311 Personen, die Asyl beantragen wollten) zurück (Szymański 2025). Die genaue Zahl der Zurückweisungen aus Deutschland nach Polen variiert je nach Quelle: Laut Recherchen der *Gazeta Wyborcza*, die sich auf nicht offiziell veröffentlichte Angaben der Grenzschutzbehörden in Polen und Deutschland stützen, wurden zwischen dem 8. Mai und dem 4. Juni 627 Personen aus Deutschland nach Polen zurückgewiesen. Der polnische Grenzschutz gab für denselben Zeitraum dagegen nur knapp 300 Fälle an (Anannikova 2025). Im längerfristigen Vergleich zeigt sich: Im Durchschnitt wurden in den vergangenen Jahren monatlich etwas über 700 Menschen von Deutschland nach Polen überstellt – ein Niveau, das nicht wesentlich von den Zahlen des Vorjahres abweicht (Anannikova 2025). Zudem ist über einen Zeitraum von zwei Jahren ein rückläufiger Trend bei den Zurückweisungen zu beobachten (Cruschwitz/Radon 2025).

Zwischen dem 1. Januar und dem 22. Juni 2025 hat Polen von Deutschland 89 zurückgewiesene Personen sowie 225 im Rahmen der Dublin-III-Verordnung abgeschobene Personen übernommen. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2024 waren es 357 Zurückweisungen bzw. 331

Dublin-Überstellungen, 2023 lagen die Zahlen bei 564 bzw. 404 Fällen (Tomczak 2025). Hinzu kommen direkte Zurückweisungen an der Grenze:

- Im Jahr 2024 waren es 9.369 Fälle (durchschnittlich 780 monatlich)
- Im Januar 2025: 501 Fälle
- Im Februar 2025: 473 Fälle
- Zwischen dem 1. Mai und dem 15. Juni: 1.087 (entspricht etwa 717 pro Monat). Auch diese Zahlen liegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (Pacuła 2025b).

Auf Basis dieser Daten lässt sich weder von einer Notlage noch von einer dramatischen Zuspitzung an der deutsch-polnischen Grenze sprechen. Die Gesamtzahlen sind stabil oder gar rückläufig.

Etwas anders stellt sich die Lage an der Grenze zu Litauen dar. Die dortigen Kontrollen lassen sich – zumindest teilweise – mit aktuellen Entwicklungen begründen. So ist tatsächlich ein (leichter) Anstieg von Grenzüberschrittvversuchen zu verzeichnen, der durch den Ausbau des Zaunes an der polnisch-belarussischen Grenze verursacht wurde. Da die Übertritte über Belarus deutlich erschwert wurden, verlagerten sich die Migrationsbewegungen zunehmend nach Norden – an die belarussische Grenze zu Litauen und Lettland. Zwischen Januar und Juni 2025 versuchten etwa 14.000 Menschen aus Belarus direkt oder indirekt über die Nachbarländer nach Polen einzureisen – deutlich weniger als im Vorjahr, als die Zahl bei etwa 30.000 lag (Pacuła 2025b). Der Rückgang verdeutlicht: Die Gesamtmigration über Belarus ist rückläufig, die beobachtbaren Unterschiede lassen sich vor allem auf Verschiebungen der illegalen Routen zurückführen – weniger über den Zaun, mehr über nördlichere Abschnitte.

Der Nutzen der am 7. Juli 2025 wieder eingeführten polnischen Grenzkontrollen erscheint im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln äußerst begrenzt. Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes wurden in der ersten Woche rund 67.000 Menschen und über 28.000 Fahrzeuge an der deutschen Grenze sowie 40.000 Menschen und fast 20.000 Autos an der Grenze zu Litauen kontrolliert. Dabei wurden 24 Menschen nach Deutschland und 19 nach Litauen zurückgewiesen (Tagesschau 2025d) – ein Verhältnis von Zurückweisungen zu Kontrollen von 0,04 Prozent. In den ersten zwei Wochen nahmen die polnischen Behörden 56 Personen fest, überwiegend aus Somalia, Indien, Syrien und Afghanistan. 32 Personen wurden Litauen übergeben. Im gleichen Zeitraum schob Deutschland 61 Personen nach Polen ab und wies 150 ukrainische Staatsangehörige zurück, die legal in Polen leben, aber nicht über ein gültiges Schengen-Visum verfügen (Nodzyńska 2025b). Selbst der Grenzschutz sprach in diesem Zusammenhang von „überschaubaren Zahlen“ und „nichts, was uns überfordern würde“ (ebd.).

...UND RIESIGE KOSTEN

Auch auf deutscher Seite mehren sich Zweifel an der Nachhaltigkeit und Verhältnismäßigkeit der Grenzkontrollen (z.B. Tagesschau 2025e). Zwar wurden sie mit Verweis auf nationale Sicherheitsinteressen eingeführt, doch sowohl rechtlich als auch praktisch sind sie zunehmend umstritten. So kritisiert die Gewerkschaft der deutschen Polizei den enormen logistischen Aufwand: Allein bei der Bundespolizei entstehen durch die Maßnahmen rund 2,8 Millionen Überstunden – bei gleichzeitig geringer Zahl tatsächlich gestoppter irregulärer Grenzüberschritte (Tagesschau 2025c). Es fehlt an Personal, technischer Infrastruktur und anderen Ressourcen, um die Kontrollen an den Grenzen effektiv durchzuführen. Darüber hinaus werfen Kritiker die Frage auf, ob die anhaltenden Kontrollen mit den Regelungen des Schengener Abkommens vereinbar sind – insbesondere, wenn sie de facto dauerhaft betrieben werden, obwohl sie nur ausnahmsweise und zeitlich befristet zulässig sind (vgl. Hruschka 2025).

Auch in Polen stoßen Grenzkontrollen an personelle und logistische Grenzen. Nach Angaben des Innenministeriums wurden 800 Grenzpolizisten, 300 Polizisten, 500 Soldaten und 200 Militärpolizisten an die Grenze zu Deutschland entsendet (Szyliński 2025). Dieses Personal fehlt an anderer Stelle, etwa an Flughäfen, Bahnhöfen oder an der Ostgrenze Polens. Besonders kritisch ist der Abzug von Kräften aus der Grenzregion zur Ukraine: Dort verläuft nicht nur die Schengen-Außengrenze, sondern auch eine zentrale Route für humanitäre und militärische Hilfe an die Ukraine, die besonderen Schutz erfordert. Die Umverteilung der Kräfte erhöht somit das Risiko, dass wichtige Sicherheitsaufgaben an sensiblen Punkten unterbesetzt bleiben.

Dazu haben die Kontrollen zahlreiche weitere negative Auswirkungen. Sie beeinträchtigen den grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr erheblich. Besonders betroffen sind die rund 30.000 Pendler, die täglich zwischen Polen und Deutschland unterwegs sind. (Tagesschau 2025f).

Die verschärften Grenzkontrollen haben auch negative wirtschaftliche Folgen, die über Deutschland und Polen hinausreichen. So warnt die brandenburgische Industrie- und Handelskammer vor Staus, Lieferverzögerungen und Produktionsunterbrechungen in Fabriken in Westeuropa, falls nötige Komponenten aus Polen nicht rechtzeitig geliefert werden (Tagesschau 2025f).² Eine Analyse von Allianz Trade schätzt die jährlichen Handelsverluste auf etwa 1,1 Milliarden Euro. Zudem besteht das Risiko einer Kettenreaktion, die das deutsche Bruttoinlandsprodukt um rund 11,5 Milliarden Euro schrumpfen lassen könnte (Allianz Trade 2024).

Auch der Tourismus könnte durch die Kontrollen beeinträchtigt sein, da Reisende aufgrund der Kontrollen mit stundenlangen Staus und verspäteten Zügen rechnen müssen. Laut *Gazeta Wyborcza* könnten einige Tourismusformen komplett zum Erliegen kommen, etwa beliebte Fahrradrouten in der Nähe von Stettin und Swinemünde, die durch die Grenzkontrollen unterbrochen und damit nicht befahrbar sind (Kraśnicki jr 2025). Viele Menschen dürften deshalb ihre Urlaubspläne ändern, was zu Umsatzeinbußen in der Tourismusbranche beider Länder führen könnte. Die tatsächliche Größenordnung lässt sich allerdings erst bewerten, wenn entsprechende Tourismusstatistiken für das Jahr 2025 vorliegen.

In den betroffenen Grenzregionen wächst zudem die Unzufriedenheit. Besonders betroffen sind Stettin und die Nachbarstädte Frankfurt an der Oder/Słubice und Görlitz/Zgorzelec. Im südlich gelegenen Zgorzelec ist die Kritik besonders laut – sowohl von Seiten der Stadt als auch des Landkreises, da der Verkehr hier durch das Stadtzentrum und über eine zentrale Brücke verläuft, die täglich von über 10.000 Fahrzeugen passiert wird. Die Grenzkontrollen verursachen mehrstündige Staus – was nicht nur das Leben der Bewohner stark negativ beeinflusst, sondern auch viele kommunale Leistungen, wie etwa den Einsatz von Rettungskräften oder der Feuerwehr, deutlich erschwert. Zudem empfinden die Bewohner die Aktivitäten der sogenannten Bürgerpatrouillen als belästigend und störend (Kijek 2025a, 2025b). Als Reaktion auf die anhaltenden Grenzkontrollen und deren massive Auswirkungen haben Vertreter der Stadt und des Landkreises Zgorzelec angekündigt, eine Klage gegen Deutschland bei der EU-Kommission in Brüssel einzureichen. Eine entsprechende Rechtsvertretung wird derzeit gesucht (Kozioł 2025).

Während viele Menschen durch die Kontrollen beeinträchtigt werden, trifft es eine Gruppe besonders hart: Asylsuchende und andere Zugewanderte in vulnerabler Lage. Menschenrechtsorganisationen warnen seit Wochen vor einer sich zuspitzenden humanitären Situation an der deutsch-polnischen Grenze, die zunehmend Parallelen zur Situation an der Grenze zu Belarus aufweist, wenn auch in geringerem Maß (vgl. Jędral 2025). Auch der Ombudsmann äußerte seine Sorge um die Beachtung von Bürger- und Menschenrechten an der Grenze zu Deutschland und hat die Behörden um Aufklärung gebeten (Nodzyńska 2025c). Zugleich heizt die zuspitzende Situation auch antimigrantische und rassistische Ressentiments an, die in xenophobisch und rassistisch motivierten Hassdelikten münden könnten (Nodzyńska 2025d). Am 17. Juli veröffentlichten 88 zivilgesellschaftliche Organisationen einen Appell an den Premierminister Donald Tusk. Darin forderten sie die Regierung auf, aktiv gegen Desinformationen über Zugewanderte und Asylsuchende vorzugehen und Gegenmaßnahmen seitens des Staates zu implementieren (Mapuj Pomoc 2025).

² Allein zwischen Deutschland und Polen lag der Handelsumsatz im Jahr 2024 bei fast 171 Milliarden Euro, was Polen zu dem fünfgrößten Handelspartner Deutschlands macht (Statistisches Bundesamt, 2025: 2). Zahlreiche polnische Waren gelangen über Deutschland in andere westeuropäische Staaten.

Letztlich gefährdet der Konflikt um die Grenzkontrollen auch die jahrelange gute und enge Kooperation zwischen den deutschen und polnischen Grenzbehörden. Sowohl das polnische Innenministerium (MSWiA 2025b) als auch Vertreter der Verwaltung in den Grenzgebieten beklagen, dass diese Kooperation zunehmend untergraben wird (Pacula 2025a). Die Hoffnungen auf eine politische Entspannung nach dem Regierungswechsel in Berlin und den frühen Besuchen von Merz in Warschau zerschlugen sich rasch. Die ohnehin nicht besonders guten Beziehungen zwischen Berlin und Warschau unter der Regierung Scholz haben durch den Grenzkonflikt eine weitere Belastung erfahren.

POLITISCHES KAPITAL FÜR DIE RECHTE

Die angespannte Lage an den Grenzen wird von den rechten und rechtsextremen Parteien gezielt instrumentalisiert. Prominente, aber auch weniger bekannte Politiker suchten demonstrativ den Kontakt zu den sogenannten Patrouillen an der Grenze, veröffentlichten Fotos ihrer Besuche in den sozialen Medien und sprachen den Beteiligten ihre Unterstützung öffentlich zu. Zu den ersten vor Ort zählen Vertreter der PiS-nahen Kleinpartei *Suwerenna Polska*, die vom früheren Justizminister Zbigniew Ziobro geführt wird.

In der Folge schlossen sich auch Politiker der rechtsextremen *Konfederacja* und *PiS* an. Aus der Reihe der *Konfederacja* war u.a. Krzysztof Bosak vor Ort, der die *Nationale Bewegung*, einen der beiden Bestandteile der *Konfederacja*, leitet. Dank journalistischen Recherchen wurde bekannt, dass die selbsternannten unabhängigen *Bürgerpatrouillen* tatsächlich durch Strukturen und Ressourcen von *Konfederacja* finanziert und organisiert wurden.

Die *Grenzschutzbewegung* hat ihre Nähe zu PiS nie bestritten. Prominente PiS-Politiker haben die Grenzschutzbewegung sogar öffentlich unterstützt. Der ehemalige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki etwa besuchte Aktivisten der Bewegung an der Grenze und veröffentlichte danach ein Video zu dem Treffen in den sozialen Medien, in dem er den „Grenzschützern“ für ihr Engagement, ihre Wachsamkeit und ihren Einsatz für die Sicherheit dankte (Morawiecki 2025). Der neu gewählte Präsident Karol Nawrocki bedankte sich bei der Grenzschutzbewegung und ihrem Anführer Bąkiewicz für ihre „bürgerliche Einstellung“ und äußerte seine Sorge darüber, dass der polnische Staat seit Monaten nicht in der Lage gewesen sei, die Krise an der Grenze zu Deutschland zu bewältigen – was Bürger und Bürgerinnen letztlich zur Selbsthilfe zwingt.

Antideutsche Ressentiments spielen eine zentrale Rolle im rechten Diskurs rund um die Grenzproblematik. Auch Staatspräsident Andrzej Duda verknüpfte seine Unterstützung für die bürgerlichen Kontrollen mit klarer

Kritik an Deutschland, die gezielt auf bestehende negative Einstellungen abzielen: „Ich danke allen meinen Landsleuten, die den Grenzschutz unterstützen. Deutschland muss mit den Migranten alleine zurechtkommen. Wir werden das Problem für sie nicht lösen.“ (Tagesschau 2025g). Noch drastischer äußerte sich Dariusz Matecki der Partei *Suwerenna Polska*, der für laute Hetzkampagnen in den sozialen Medien bekannt ist: „Lasst nicht zu, dass die Deutschen Polen mit einer Flut von Migranten überschwemmen. Es geht nicht nur um den Migrationspakt (...). Was könnt ihr tun? Bürgerpatrouillen. Bürgerpatrouillen entlang der Grenzen, damit ihr es zeigen könnt, wenn die Deutschen die Grenze überschreiten, um Migranten irgendwo in Polen an der Grenze zurückzulassen. Nehmt das auf, veröffentlicht Informationen darüber, ruft sofort die Polizei und den Grenzschutz an und fragt, ob das regelkonform ist.“ (Matecki 2025).

Die Regierung widersprach wiederholt dem von rechten Akteuren verbreiteten Eindruck, der Staat handle im Sinne Deutschlands oder lasse irreguläre Migration ungehindert zu. Der Außenminister Radosław Sikorski kritisierte die Selbstjustiz rechter Gruppierungen stark: „Die Grenze muss kontrolliert werden – aber von denen, die dafür zuständig sind. Von Grenzschutz, Polizei oder wenn nötig, der Militärpolizei. Ganz sicher nicht von der Bürgerwehr. Sie sorgt nur für Angst (...)“ (Tagesschau 2025g). Der Innenminister Tomasz Siemoniak warf PiS Heuchlerei vor und verwies auf deren Verwicklung in die Visa-Affäre, in deren Rahmen massenhaft Zuwanderung ermöglicht worden sei (Majmurek 2025). Trotz wiederholter Stellungnahmen bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck bestehen, dass die Regierung vor allem defensiv agiert, während rechte Akteure den Diskurs prägen.

GESELLSCHAFTLICHE REAKTIONEN

Das Thema stieß auch in der Bevölkerung auf große Aufmerksamkeit. Viele Polinnen und Polen bewerteten die handelnden Akteure und die Ereignisse überwiegend kritisch. Laut einer Umfrage Anfang Juli 2025 meinten nur 27,9 Prozent der Befragten, dass die Regierung die Situation mit der Zuwanderung an der Grenze zu Deutschland im Griff hat. 52,4 Prozent waren gegenteiliger Meinung, 19,7 Prozent waren unentschieden (Onet 2025). In einer weiteren Umfrage Anfang August trauten 36,6 Prozent der Befragten der Regierung zu, illegale Zuwanderung zu stoppen, während 47,3 Prozent dies bezweifelten (Bartkiewicz 2025).

Auch das Vertrauen in Deutschland und dessen Grenzschutz ist nicht besonders ausgeprägt. Bereits Mitte Juli 2025 hatte sich eine Mehrheit der Befragten für die Schließung der Grenzen zu Deutschland ausgesprochen: 30 Prozent stimmten voll und ganz zu, weitere 24 Prozent stimmten eher zu (Nodzyńska 2025e). Besonders ausge-

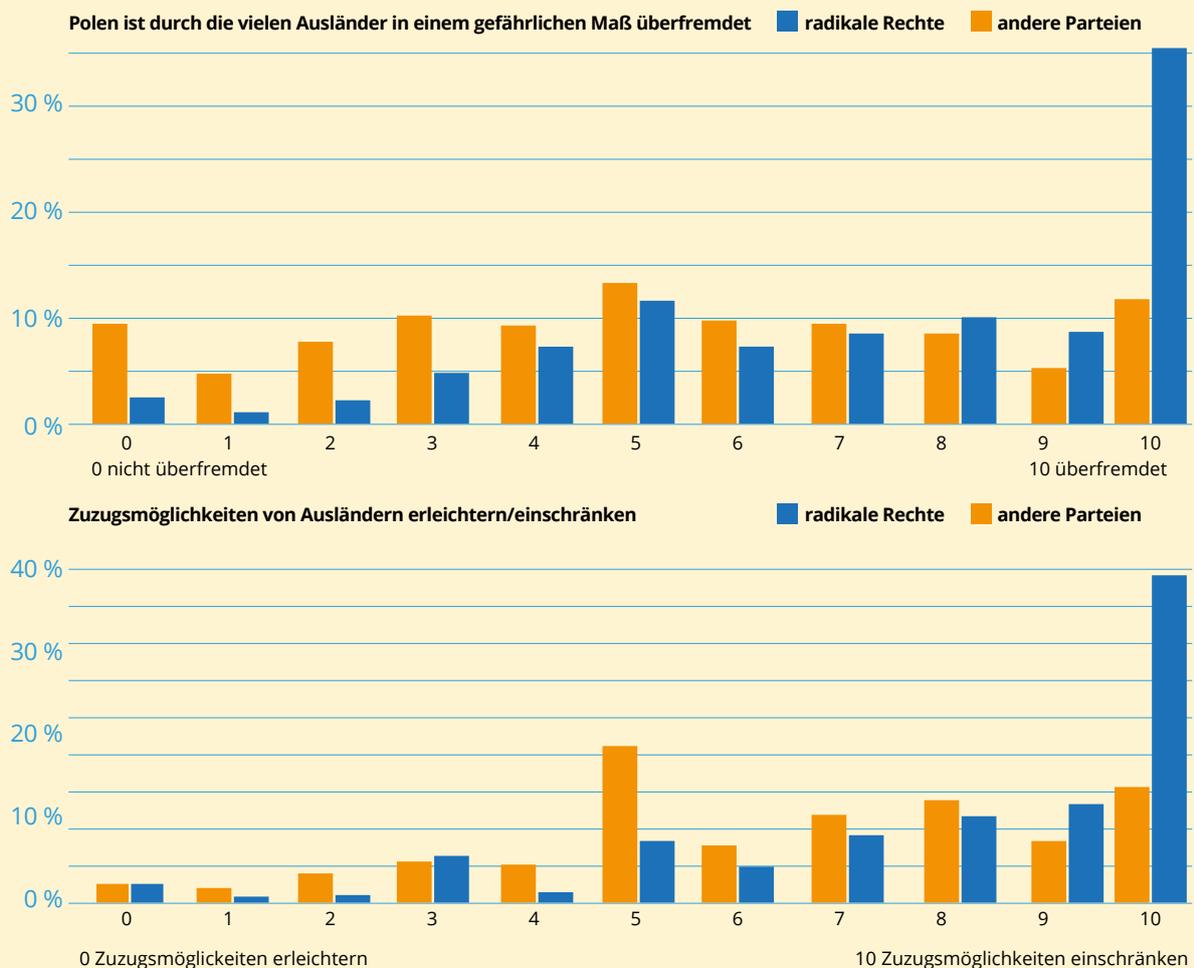
prägt ist die Befürwortung der Grenzsicherungen unter männlichen Befragten mittleren Alters sowie unter der Wählerschaft von Konfederacja (61 Prozent) oder PiS (55 Prozent).

Trotz der Unzufriedenheit mit der Regierung in puncto Grenzsicherheit und Befürwortung der Wiedereinführung von Grenzkontrollen – eine klare Mehrheit von 60,4 Prozent sprach sich Ende Juli gegen die sogenannten Bürgerpatrouillen aus (davon 52,3 Prozent eindeutig). Nur 34 Prozent befürworteten diese (18,8 Prozent eindeutig, 15,2 Prozent eher). Die Befürworter der sogenannten Bürgerpatrouillen' kommen meist aus kleinen und mittelgroßen Städten, haben ein niedriges Bildungsniveau, sind männlich und wählen überwiegend Konfederacja oder PiS (Kacprzak 2025).

Es wird deutlich, dass insbesondere Personen, die PiS und Konfederacja nahestehen, eine Begrenzung der Zuwanderung befürworten und bereits die derzeitigen Zuwanderungszahlen als bedrohlich für die kulturelle Identität empfinden. Es überrascht daher kaum, dass viele von ihnen besonders empfänglich für alarmistische Narrative zu Grenzsicherheit und Zuwanderung sind, da diese die bestehenden Ängste gezielt ansprechen und verstärken.

Die Mehrheit der Polinnen und Polen hält das Thema Zuwanderung für wichtig (vgl. Abb. 2). Laut MIDEM-Umfrage rangiert es auf Platz drei, nach Wirtschaft und Krieg, aber noch vor sozialer Ungleichheit, Werte und Traditionen, Diskriminierung sowie Klimaschutz. Das Thema hat zudem an Relevanz gewonnen: In der

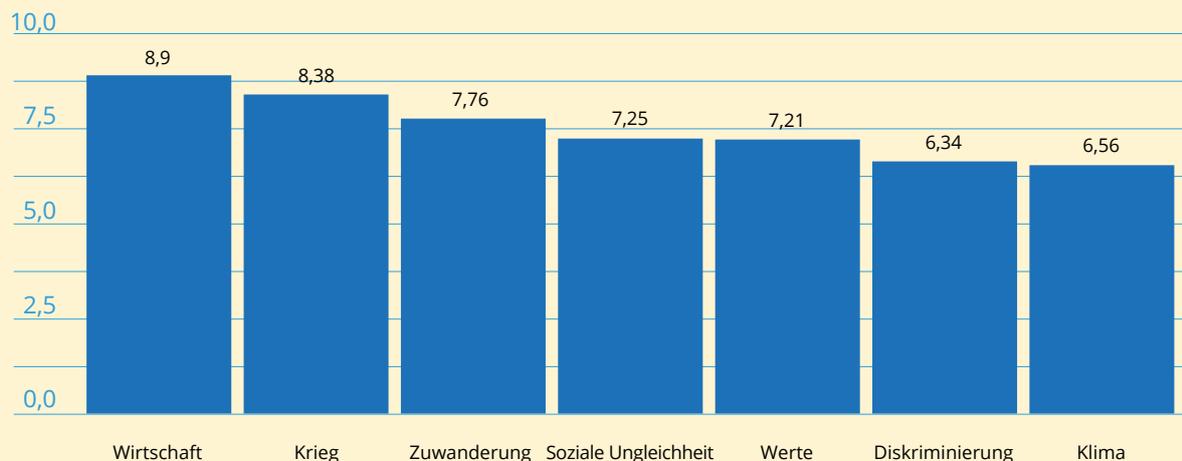
Abb. 1. Zustimmungswerte zu Aussagen über Zuwanderung, nach Parteipräferenz.



Anmerkung: Andere Parteien – KO, PL2025, Nowa Lewica, Lewica Razem, PSL zusammengerechnet. Radikale Rechte – PiS und Konfederacja zusammengerechnet. (n = 2.901).

Quelle: Eigene Erhebung MIDEM/YouGov 2025.

Abb. 2. Salienz von Zuwanderung und anderen Themen in Polen (Mittelwerte).



Anmerkung: Fragestellung: „Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Themen?“ Die Befragten sollten sich zwischen „0 – überhaupt nicht wichtig“ und „10 – sehr wichtig“ positionieren. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (n = 2.901).

Quelle: Eigene Erhebung MIDEM/YouGov 2025.

MIDEM-Umfrage vor zwei Jahren lag es noch auf Platz fünf (Kozłowska 2023: 6). Auch in absoluten Zahlen ist die Salienz von Migration gestiegen – der damalige Durchschnittswert betrug 7,2 (ebd.), aktuell liegt er bei 7,76.

Für Teile der Gesellschaft – besonders für Gruppen rechts von der politischen Mitte – hatte das Thema so große Bedeutung, dass es zu Protesten und Demonstrationen führte. Diese beschränkten sich nicht nur auf die Grenzregionen. So wurden auch lokale Proteste organisiert, etwa bei der Eröffnung eines Integrationszentrums in Siedlce, einer Kleinstadt östlich von Warschau (Póbratek 2025), was letztlich zur Schließung der Einrichtung führte. Die größten Demonstrationen fanden am 19. und 20. Juli statt, als rechte Aktivisten Proteste in über 80 Städten organisierten. Die Teilnehmerzahlen blieben jedoch überschaubar – von einigen Dutzend in kleineren Orten bis etwas über tausend in den größten Städten (TVN24 2025). In mehreren Fällen kam es zu Gegendemonstrationen, teils in vergleichbarer Größe.

AUSBLICK

Vieles deutet darauf hin, dass das Thema illegale Migration in den kommenden Monaten für die politischen rechten Parteien – insbesondere PiS, die sich erhofft, 2027 die jetzige Regierung abzulösen – eine ähnliche politische Funktion einnehmen wird, wie vor wenigen Jahren das Thema LGBT-Ideologie: Es dient als mobi-

lisierendes Kernthema, das Ängste kanalisiert und Zustimmung bündelt – ungeachtet der Tatsache, dass viele der zugrundeliegenden Behauptungen nachweislich falsch oder stark verzerrt sind. Die Schwäche der Tusk-Regierung begünstigt diese Dynamik. Rechte Oppositionsparteien, insbesondere nach dem Wahlsieg von Karol Nawrocki, setzen darauf, dieses Thema politisch zu instrumentalisieren – möglicherweise mit Blick auf eine PiS-Konfederacja-Koalition (vgl. Końdzińska/Szpala 2025; laut aktuellen Umfragen verfügen beide Parteien zusammen über etwa 50 Prozent der Stimmen; vgl. Kublik 2025). Tatsächlich ist bei der rechten Opposition bereits eine strategische Positionierung mit Blick auf die Parlamentswahlen 2027 erkennbar. Migration zählt derzeit zu den heißesten Themen der polnischen Politik. Der politische Druck von rechts zwingt die Regierung, schon jetzt zu repressiveren Maßnahmen gegenüber Zugewanderten.³

Das Thema Migration ist auch einer der Hauptkonfliktpunkte in der angespannten und schwer vorhersehbaren Zusammenarbeit zwischen der Tusk-Regierung und dem neuen Staatspräsidenten Karol Nawrocki. Nawrocki hat am 6. August 2025 das Amt angetreten und legte innerhalb der ersten drei Wochen sein Veto gegen vier Gesetzesvorhaben ein – darunter gegen eine umfangreiche Reform des Sondergesetzes zur Unterstützung ukrainischer Geflüchteter. Um zu verhindern, dass Tausende Menschen ihren temporären Schutzstatus verlieren (der ohne Verlängerung am 30. September aus-

³ Ein Beispiel für das härtere Vorgehen ist die Abschiebung einer 18-jährigen Ukrainerin, die nach einem Vorfall während eines Konzerts des belarussischen Rappers Max Korzh am 9. August 2025 in Warschau ausgewiesen wurde. Sie war über eine Absperrung gesprungen und erhielt dafür eine Geldstrafe. Drei Tage später kündigte Premierminister Tusk die Abschiebung von insgesamt 63 Konzertteilnehmerinnen und -teilnehmern an (tokfm 2025).

laufen würde)⁴, kam die Regierung Nawrockis Forderungen entgegen und verschärfte den Zugang zu Sozialleistungen für ukrainische Geflüchtete, etwa durch die

Verknüpfung des Kindergeldanspruchs an die Erwerbstätigkeit der Eltern (Polskie Radio 2025). Nawrocki agiert sehr konfrontativ, gilt als migrations skeptisch und ist bekannt für seine ablehnende Haltung gegenüber Deutschland, im Gegensatz zu Tusk, der seit Jahren für ein pro-europäisches und deutschlandfreundliches Profil steht. Der andauernde Streit um die Grenzkontrollen dürfte diesen politischen Gegensatz weiter verschärfen und den bilateralen Beziehungen zusätzlichen Schaden zufügen.

Damit bekommt auch die europäische Dimension des Konflikts neues Gewicht: besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Untätigkeit der Europäischen Kommission. Schon seit 2023 toleriert Brüssel die de facto (Teil-)Schließung der internen Grenzen innerhalb

des Schengenraums und nimmt damit eine Erosion des europäischen Rechts und Zusammenhalts in Kauf. Ein zentrales Hindernis für eine beiderseitige Aufhebung der Grenzkontrollen liegt in der Haltung der deutschen Regierung, die trotz wiederholter Gesprächsangebote aus Warschau an ihrem Kurs festhält. Dabei hat Polen mehrfach signalisiert, seine Maßnahmen zu beenden, unter der Bedingung, dass Deutschland nachzieht. Der aktuelle Kurs der deutschen Regierung, insbesondere die Verlängerung und Verschärfung der Grenzkontrollen, bietet antidemokratischen Kräften in Polen eine strategische Angriffsfläche, um antimigrantische und anti-deutsche Narrative weiter zu verstärken. Vor diesem Hintergrund – und angesichts der politischen Stärkung rechter Kräfte in Polen – stellt sich für die deutsche Politik immer drängender die Frage nach den Folgen des bisherigen Kurses. Ist die derzeitige Linie den politischen und praktischen Aufwand – von administrativen Belastungen über wirtschaftliche Schäden bis hin zu außenpolitischen Spannungen – tatsächlich wert?

4 Der temporäre Schutzstatus für ukrainische Kriegsgeflüchtete wurde im März 2025 zunächst bis Ende September 2025 eingeführt, nachdem der auf der EU-Massenzustrom-Richtlinie beruhende Schutz am 4. März 2025 ausgelaufen war. Im Juni 2025 einigten sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine Verlängerung des unionsweiten Schutzes bis zum 4. März 2027 (Rat der Europäischen Union 2025). Das von Präsident Nawrocki blockierte Gesetz sollte unter anderem diese Regelung in nationales Recht überführen.

LITERATURVERZEICHNIS

Adam, Martin 2025: Differenzen am Grenzzaun. In: Tagesschau, 21. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/dobrindt-polen-grenze-100.html> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Allianz Trade 2024: Allianz Trade Analyse: Deutsche Grenzkontrollen verteuern Waren und verursachen wirtschaftliche Einbußen. Pressemeldung, 20. September. Verfügbar unter: <https://www.allianz-trade.de/presse/pressemitteilungen/deutsche-grenzkontrollen-verteuern-waren.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Anannikova, Ludmiła 2025: „Takich nie przyjmujemy”. Idziemy tropem migrantów odsyłanych z Niemiec do Polski. In: Gazeta Wyborcza, 2. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75399,32071711,na-co-moga-liczyc-cudzoziemcy-odsylani-z-niemiec-do-polski.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Bartkiewicz, Artur 2025: Sondaz: Czy Polacy wierzą, że rząd Donalda Tuska zatrzyma nielegalnych imigrantów? In: Rzeczpospolita, 3. August. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/polityka/art42798831-sondaz-czy-polacy-wierza-ze-rzad-donald-tuska-zatrzyma-nielegalnych-imigrantow> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Chrzczonowicz, Magdalena 2024: „Niezgodnie z konstytucją i prawem międzynarodowym”. Rząd wprowadza zawieszenie prawa do azylu. In: OKO.Press, 18. Dezember. Verfügbar unter: <https://oko.press/rzad-przyjal-zawieszenie-prawa-do-azylu> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Cruschwitz, Julia / Radon, Albrecht 2025: Polizei verunsichert wegen Dobrindts Anweisung. In: MDR Investigativ, 20. Juni. Verfügbar unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/asyl-zurueckweisung-grenzkontrollen-polizei-100.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Easton, Adam 2025: Nowe kontrole graniczne w Polsce: dlaczego teraz? In: BBC News Polska, 4. Juli. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/polska/articles/cyvjnm93j0o> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Hruschka, Constantin 2025: Dobrindts Rechtsbruch: Warum die aktuellen Kontrollen an den deutschen Binnengrenzen rechtswidrig sind. In: Verfassungsblog, 15. Mai. Verfügbar unter: <https://verfassungsblog.de/zurueckweisung-grenze-kontrolle-dobrindt/> (letzter Zugriff: 19.08.2025).

Jaoszewski, Mariusz 2025: Bąkiewicz ma zakaz zbliżania się do przejść na granicy z Niemcami. I zarzut karny. In: OKO.Press 18. August. Verfügbar unter: <https://oko.press/bakiewicz-zakaz-granica-zarzut> (letzter Zugriff: 20.08.2025).

Jędrał, Paweł 2025: Zawracani uchodźcy, patrole nacjonalistów i aktywiści. Co dzieje się na zachodniej granicy? In: OKO.Press, 28. Juni. Verfügbar unter: <https://oko.press/zawracani-uchodzcy-nacjonalisci-aktywisci-na-zachodniej-granicy> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kacprzak, Izabela 2025: Sondaz: Podzieleni granicą. Wśród wyborców koalicji i kobiet Robert Bąkiewicz nie ma czego szukać. In: Rzeczpospolita, 3. August. Verfügbar unter: <https://www.rp.pl/polityka/art42724361-sondaz-podzieleni-granica-wsrod-wyborcow-koalicji-i-kobiet-robert-bakiewicz-nie-ma-czego-szukac> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Kijek, Karolina 2025a: Zgorzelec idzie do Brukseli ze skargą na Niemcy. „Ciężko uwierzyć, że przemytnik grzecznie stoi dwie godziny do kontroli” In: Gazeta Wyborcza 24. Juni. Verfügbar unter: <https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,32050754,zgorzelec-idzie-do-brukseli-ze-skarga-na-niemcy-ciezko-uwierzyc.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kijek, Karolina 2025b: Mają już zakorkowane miasto, teraz zjechali „obroncy granicy”. Mieszkańcy Zgorzelca: U siebie sobie protestujcie. In: Gazeta Wyborcza, 2. Juli. Verfügbar unter: <https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,32072799,maja-juz-zakorkowane-miasto-teraz-zjechali-obroncy-granicy.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Końdzińska, Agata / Szpala, Iwona 2025: Awantura o migrantów szybko nie ucichnie. Prawica liczy, że właśnie to dobije rząd Tuska. In: Gazeta Wyborcza, 12. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32093861,awantura-o-migrantow-szybko-nie-ucichnie-prawica-liczy-ze.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kowalewska, Jolanta 2025: „Obywatelskie patrole” ruszają na polsko-niemiecką granicę. „Wszędzie będą stali nasi”. In: Gazeta Wyborcza Szczecin, 27. Juni. Verfügbar unter: <https://szczecin.wyborcza.pl/szczecin/7,34939,32060432,obywatelskie-pospolite-uszczelnianie-zachodniej-granicy-mswia.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kozioł, Magdalena 2025: Samorządowcy nie chcą kontroli na polsko-niemieckiej granicy. „Premier Tusk dał się ponieść polityce”. In: Gazeta Wyborcza Wrocław, 3. Juli. Verfügbar unter: <https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,32073368,samorzadowcy-nie-chca-kontroli-na-polsko-niemieckiej-granicy.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kozłowska, Marta 2024: MIDEM Länderbericht Polen.

Kozłowska, Marta 2023: Polen und Zuwanderung. Positionen und gesellschaftliche Spaltungstendenzen. MIDEM Policy Paper.

Kraśnicki jr, Andrzej 2025: Kontrola granic zablokuje ruch turystyczny w rejonie Szczecina. Mamy projekt rozporządzenia MSWiA. In: Gazeta Wyborcza Szczecin, 2. Juli. Verfügbar unter: <https://szczecin.wyborcza.pl/szczecin/7,34939,32074821,kontrola-granic-zablokuje-ruch-turystyczny-w-rejonie-szczecina.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Kublik, Agata 2025: CBOS: Rząd Tuska wciąż na minusie. Słabe oceny gabinetu i samego premiera. In: Gazeta Wyborcza, 18. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32112496,cbos-rzad-tuska-wciaz-na-minusie-slabo-oceny-gabinetu-i-samego.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Lejman, Tomasz 2025: Nieoficjalnie: Niemcy zdecydowały w sprawie kontroli na granicy z Polską. In: Interia, 11. August. Verfügbar unter: <https://wydarzenia.interia.pl/zagranica/news-nieoficjalnie-niemcy-zadecydowaly-w-sprawie-kontroli-na-granicy-z-polska,nld,22173728> (letzter Zugriff: 20.08.2025).

Majmurek, Jakub 2025: Histeria antyimigracyjna narasta, a rząd jest bierny. W końcu dojdzie do prawdziwej tragedii. In: Newsweek Polska, 22. Juli. Verfügbar unter: <https://www.newsweek.pl/polska/polityka/legalni-imigranci-musza-dostac-od-rzadu-sygnal-w-polsce-jestescie-bezpieczni/vq984q0> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Mapuj Pomoc 2025: Stop dezinformacji wobec osób migranckich i uchodźczych – wspólny apel do Premiera Donalda Tuska. 18. Juli. Verfügbar unter: <https://mapujpomoc.pl/stop-dezinformacji-ws-osob-uchodzacych-wspolny-apel-do-premiera-donald-tuska/> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Marcinkiewicz, Paweł 2025: „Skala jest nowa”. Obok siebie stadionowi chuligani i emeryci z Klubów Gazety Polskiej. In: Gazeta Wyborcza Magazyn, 15. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32098440,jak-rzad-radzi-sobie-z-krysem-na-granicy-to-tchorzostwo-klasy.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Matecki, Dariusz 2025: W Brandenburgii 1 marca rusza centrum przerzutowe migrantów...; X Dariusz Matecki, 27. Februar. Verfügbar unter: <https://x.com/DariuszMatecki/status/1895162297909383467> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Mierzyńska, Anna 2024: Antyimigranckie „patrole obywatelskie” rozbrojone. Gdy państwo chce, to potrafi. In: OKO.Press, 30. Dezember. Verfügbar unter: <https://oko.press/antyimigranckie-patrole-obywatelskie-rozbrojone> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Morawiecki, Mateusz, 2025: DZIĘKUJĘ @ROGranic...; X Mateusz Morawiecki, 3. Juli. Verfügbar unter: <https://x.com/MorawieckiM/status/1940742323639304417> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

MSWiA 2025a: Tymczasowe kontrole na granicach z Niemcami i Litwą zostały przedłużone do 4 października br. 5. August. Verfügbar unter: <https://www.gov.pl/web/mswia/tymczasowe-kontrole-na-granicach-z-niemcami-i-litwa-zostaly-przedluzone-do-4-pazdziernika-br> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

MSWiA 2025b: Stwierdzenie, że Niemcy przerzucają migrantów do Polski...; X MSWiA, 26. Juni. Verfügbar unter: https://x.com/MSWiA_GOV_PL/status/1938295967503057081 (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Nodzyńska, Paulina 2025a: Sejm przedłużył zawieszenie azylu dla migrantów. „Gdybyśmy zrezygnowali, wszystko by się rozsypało”. In: Gazeta Wyborcza, 23. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32122665,sejm-przedluzyl-zawieszenie-azylu-dla-migrantow-gdybysmy-zrezygnowali.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Nodzyńska, Paulina 2025b: Dwa tygodnie od kontroli na granicach. Straż Graniczna: „Skala migracji nie przytłacza”. In: Gazeta Wyborcza, 22. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32121575,dwa-tygodnie-od-kontroli-na-granicach-straz-graniczna-skala.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Nodzyńska, Paulina 2025c: RPO reaguje na sytuację na granicy z Niemcami. „Czy rząd monitoruje tzw. patrole obywatelskie?” In: Gazeta Wyborcza, 4. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32080306,rpo-reaguje-na-sytuacje-na-granicy-z-niemcami-czy-rzad-monitoruje.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Nodzyńska, Paulina 2025d: Nienawiść eskaluje, ale migracji nie powstrzymamy. Szefowa Amnesty International: Mówmy o tym bez emocji. In: Gazeta Wyborcza, 19. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32115728,nienawisc-eskaluje-ale-migracji-nie-powstrzymamy-szefowa-amnesty.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Nodzyńska, Paulina 2025e: Opinia 24: Ponad połowa Polaków popiera obywatelskie patrole na granicy z Niemcami. In: Gazeta Wyborcza, 17. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32110772,opinia-24-ponad-polowa-polakow-popiera-obywatelskie-patrole.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Onet 2025: Sytuacja na granicy z Niemcami. Polacy surowo ocenili rząd [SONDAŻ]. Verfügbar unter: <https://wiadomosci.onet.pl/kraj/kontrole-na-granicy-zbyt-pozno-polacy-nie-wierza-rzadzacy-m-sondaz/y90fsrc> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Pacuta, Paulina 2025a: Obrońcy granicy w Zgorzelcu: „Europa ginie. Jak widzę kebaba, to dostaję awersji”. In: OKO.Press, 7. Juli. Verfügbar unter: <https://oko.press/obroncy-granicy-w-zgorzelcu-europa-ginie-jak-widze-kebaba-to-dostaje-awersji> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Pacuta, Paulina 2025b: Po co Polska przywraca kontrole na granicy z Niemcami? Dane nie potwierdzają argumentów Tuska. In: OKO.Press, 2. Juli. Verfügbar unter: <https://oko.press/kontrole-graniczne-z-niemcami-dane-nie-potwierdzaja-argumentow-tuska> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Polskie Radio 2025: Szłapka: będzie powiązanie 800 plus z pracą dla wszystkich cudzoziemców. In: Polskie Radio, 26. August. Verfügbar unter: <https://polskieradio24.pl/artukul/3570448,szlapka-bedzie-powiazanie-800-plus-z-praca-dla-wszystkich-cudzoziemcow> (letzter Zugriff: 27.08.2025).

Półbrattek, Monika 2025: W centrum Siedlec odbył się protest „Stop Imigracji” zorganizowany przez Konfederację. Zobacz zdjęcia! In: Radio Eska, 21. Juli. Verfügbar unter: <https://siedlce.eska.pl/w-centrum-siedlec-odbyl-sie-protest-stop-imigracji-zorganizowany-przez-konfederacje-zobacz-zdjecia-aa-qUt3-Q1Jm-i3uk.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Rat der Europäischen Union 2025: EU-Mitgliedstaaten einigen sich auf Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Flüchtlinge aus der Ukraine. Pressemitteilung, 13. Juni. Verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/06/13/eu-member-states-agree-to-extend-temporary-protection-for-refugees-from-ukraine/> (letzter Zugriff: 28.08.2025).

Roman, Dorota 2025: Matnia dezinformacji i migranci na granicy z Niemcami. Kluczem jest słowo „każdy”. In: Gazeta Wyborcza, 5. Juli. Verfügbar unter: <https://wyborcza.pl/7,75398,32081652,matnia-dezinformacji-i-migranci-na-granicy-z-niemcami.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Schwartz, Kolja 2025: „Nationale Notlage” für Zurückweisungen? In: Tagesschau, 9. Mai. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-grenzkontrollen-notlage-100.html> (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Statistisches Bundesamt 2025: Außenhandel: Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2024. Verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 12.08.2025).

Stefanek, Monika 2025: Mieszkańcy pogranicza o kontrolach: Wszyscy na tym stracą. In: Deutsche Welle, 1. Juli. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/pl/mieszka%C5%84cy-pogranicza-o-kontrolach-wszyscy-na-tym-strac%C4%85/a-73110094> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Szyliński, Piotr 2025: Ile osób zatrzymała Straż Graniczna na granicy z Niemcami po wprowadzeniu kontroli? Są konkretne liczby. In: Gazeta Wyborcza, 11. Juli. Verfügbar unter: <https://szczecin.wyborcza.pl/szczecin/7,34939,32096512,ile-osob-zatrzymala-straz-graniczna-na-granicy-z-niemcami-mamy.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Szymański, Wojciech 2025: Rząd Niemiec: od maja z granic cofnięto 7 tys. osób. In: Deutsche Welle, 22. Juli. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/pl/rz%C4%85d-niemiec-od-maja-z-granic-cofni%C4%99to-7-tys-os%C3%B3b/a-73372992> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025a: Polen will verzichten - wenn Deutschland vorlegt. 5. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-grenzkontrollen-116.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025b: Dobrindt sieht polnische Grenzkontrollen positiv. 7. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/polen-grenzkontrollen-122.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025c: Kritik an Grenzkontrollen reißt nicht ab. 8. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/polen-grenzkontrollen-124.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025d: Polen verweigert 24 Personen die Einreise. 14. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/polen-grenzkontrollen-126.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025e: Grenzkontrollen „nur noch einige Wochen” machbar. 19. Mai. Verfügbar unter: <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/grenzkontrollen-polizei-dobrindt-belastung-100.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025f: Polens Grenzkontrollen - was sind die Folgen? 7. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-grenzkontrollen-faq-100.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tagesschau 2025g: Mehr als eine Retourkutsche Polens. 2. Juli. Verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-grenzpolitik-100.html> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tomczak, Małgorzata 2025: Co się naprawdę dzieje na granicy z Niemcami? Nowe są tylko polityczne manewry po obu stronach. In: OKO.Press, 12. Juli. Verfügbar unter: <https://oko.press/co-sie-dzieje-na-granicy-z-niemcami> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

TVN24 2025: „Stop imigracji”. Zgromadzenia w całym kraju. 19. Juli. Verfügbar unter: <https://tvn24.pl/polska/stop-imigracji-zgromadzenia-w-calym-kraju-st8563032> (letzter Zugriff: 30.07.2025).

Tokfm 2025: Została deportowana po koncercie Maxa Korzha. „Wszystko zostało mi odebrane”. 22. August. Verfügbar unter: <https://www.tokfm.pl/polska/mazowieckie/zostala-deportowana-po-koncerte-maxa-korzha-wszystko-zostalo-mi-odebrane> (letzter Zugriff: 27.08.2025).

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Dr. Marta Kozłowska

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:

VOLLBLUT GmbH & Co. KG

© MIDEM 2025

MIDEM ist ein Forschungszentrum an der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.